



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/76 - 31.3.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Die Bundesregierung und die deutsche Einheit	S. 1
Das Programm der Norwegischen Arbeiterpartei <i>RAP</i>	S. 3
Eine Frau gab ein Beispiel	S. 4

Wägen und Wagen

Aus der Sowjetzone wird uns von besonderer Seite geschrieben:

Seit Wochen macht sich die öffentliche Meinung in fast allen Staaten des Westens mehr oder minder kluge Gedanken über die Möglichkeiten und die Nützlichkeit einer Wiederherstellung der deutschen Einheit. Es ist gewiß nicht nur eine Spekulation, daß solche Gedanken auch die Regierungen in Washington, London und Paris beschäftigen. Dagegen fehlt auch nur jede Andeutung dafür, daß der Bundeskanzler in Bonn sich mit gleicher Intensität der gleichen Frage widmet, wiewohl es ja kaum vom Regierungschef der Bundesrepublik zu viel verlangt ist, er solle sich intensiver als sonst irgend jemand mit der Rückgewinnung der staatlichen und volklichen Einheit für alle Deutschen befassen.

Mancher in der Sowjetzone hat den Beteuerungen vonseiten der westdeutschen Koalitionsparteien bisher Glauben geschenkt, sie seien deshalb für eine rasche Ratifikation der Westverträge durch den Bundestag, damit durch diese Dokumentation der Entschlossenheit den Machthabern im Kremel ein-für allemal die Hoffnung genommen werde, sie könnten bei weiterem Abwarten eines Tages ihr Sowjetregime vielleicht auch auf Westdeutschland ausdehnen. Nach solcher Klarstellung würden Verhandlungen mit Moskau eher und auf realistischerer Grundlage als bislang möglich werden. Wenn derartige Verhandlungen über Deutschland, die im Vorjahr nicht zustande gekommen sind, weil sie vor allem auch Bundeskanzler Dr. Adenauer nicht wünschte, tatsächlich von den derzeitigen Regierungsparteien in Bonn gewünscht würden, müßte es umso mehr erstaunen, daß die von diesen Parteien getragene Regierung bis auf den heutigen Tag noch nicht einmal vage Umrisse eines Konzeptes für solche Verhandlungen hat sichtbar werden lassen. Wartet man bei den Fraktionen der CDU/CSU und FDP darauf, daß sich die Amerikaner, Engländer und Franzosen unsere deutschen Köpfe über unsere vorrangigen deutschen Belange zerbrechen? Das hieße denn doch wirklich, die Westmächte zu überfordern.

Es muß ein Versagen der jetzigen Bundesregierung vorliegen,

wenn sich die Weltöffentlichkeit häufiger und lobhafter mit den Komplexen Triest und Österreich auseinandersetzt als mit der willkürlichen Zerreißung Deutschlands, das als weltpolitisches Problem doch wohl eine andere Größenordnung darstellt als etwa Indochina. Es leuchtet einfach nicht ein, warum nicht ebenso gut und vielleicht sogar besser mit der Lösung der deutschen Frage eine weltpolitische Entspannung eingeleitet werden kann wie mit der Entwirrung des Korea-Konflikts.

Dazu ist freilich erforderlich, daß die Tatsachen und Schwerpunkte und zugleich ein brauchbares Konzept für eine Lösung von der deutschen Regierung allen, auf die es ankommt, überzeugend nahe gebracht werden. Daran hat es bislang ganz offenkundig gefehlt. Beweis dafür ist nicht zuletzt, daß es sogar einer geschlossenen innerdeutschen Willensbildung innerhalb der Bundesrepublik immer noch ermangelt. Wenn aber die Regierungsparteien und die Bundesregierung in Bonn in der Frage der deutschen Einheit lax und ohne fundierte Vorstellungen sind - woher sollen dann die notwendigen Impulse kommen? Wie soll man sich überhaupt Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands vorstellen, wenn nicht einmal annähernde Klarheit darüber besteht, was bei derartigen Verhandlungen als Ziel vorschwebt?

Auch wer den konzilianteren Ton aus Moskau nach dem Ableben Stalins nicht überbewerten will, kann nicht übersehen, daß Gespräche über die deutsche Frage zwischen dem Westen und der Sowjetunion heute eine günstigere Ausgangsbasis haben als vor einem oder vor zwei Jahren. Die Sowjets wissen, daß alle ihre Versuche zur direkten oder indirekten Einflußnahme auf Westdeutschland kläglich gescheitert sind. Sie erleben täglich, daß ihr aufgeblähtes Staatsgebilde in der Sowjetzone alles andere als Anziehungskraft besitzt. Hinzu kommen die außerordentlichen und stetig noch wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten im sowjetdeutschen Machtbereich. Es ist bei der peinlich abgewogenen Etikette des Kreml ganz und gar kein Zufall, daß Malenkow bei seiner gewissermaßen ersten Thronrede die "DDR" noch hinter dem unsicheren Kantonisten Albanien einrangierte.

Aus alledem sollte der Westen nicht nur seine Schlüsse ziehen, sondern sich seinerseits zu einer Aktion ermuntert fühlen. Allerdings muß man vorher wägen, ehe man wagt. Aber ein Wagnis für die Schaffung eines echten Friedens kann kaum zu groß sein. Und was wagt der Westen denn wirklich, wenn er die Initiative zu konkreten Gesprächen mit den Sowjets ergreift? Seine eigene Geschlossenheit und Entschlossenheit kann doch nur gewinnen, wenn sich erweisen sollte, daß Moskau den Frieden und einen echten und vernünftigen Ausgleich nicht will. Wer aber möchte auch nur den Verdacht auf sich nehmen, der aus dem Vorjahr noch vergiftend lastet: Für die Befriedung nicht alles nur irgend mögliche getan zu haben?

+ + +

Das Programm der Norwegischen Arbeiterpartei

RP - Oslo

Dem gegenwärtig in Oslo tagenden Parteitag der Norwegischen Arbeiterpartei liegt ein Arbeits- oder Aktionsprogramm vor, das nach der Darstellung des Parteivorsitzenden, Einar Gerhardsen, eine Richtlinie für die Arbeit der Partei in der kommenden Parlamentsperiode sein soll. Das Rückgrat des Programms wird in seinem wirtschaftspolitischen Teil gesehen, dessen Verwirklichung die Mittel zu weiteren gesundheitlichen, sozialen und kulturellen Fortschritten geben soll.

Eine hohe Investierungsquote soll beibehalten werden, doch brauche sie nicht so hoch zu sein wie die der letztvergangenen Jahre. Das Programm will mehr als bisher vom Nationaleinkommen zur Hebung des allgemeinen Lebensstandards und zu neuen Vorstößen auf sozialem und kulturellem Gebiet verwendet wissen. Die Erhöhung von Produktion und Produktivität müsse in Zusammenarbeit derer erreicht werden, die mit der Produktion verbunden sind, also Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Im Gedanken der Zusammenarbeit werden große Möglichkeiten gesehen. Das Programm spricht sich für die solidarische Lohnpolitik aus, für einen Ausgleich zwischen den höchsten und den niedrigsten Löhnen, doch sollen persönliche Leistung, fachliche und persönliche Qualifikationen auch ihre Belohnung finden. Für gleichwertige Arbeit sollen Frauen und Männer den gleichen Lohn bekommen.

Das Verdienst für die wirtschaftlichen Fortschritte der Bauern und Fischer nimmt die Arbeiterregierung für sich und für die von ihr geführte Politik in Anspruch. Die zielbewusste Politik zur Förderung der Wirtschaftlichkeit in Landwirtschaft und Fischerei soll fortgesetzt werden. Ein großer Teil der norwegischen Höfe wird als zu klein für einen rationellen und wirtschaftlichen Betrieb und für die Betriebs- hygiene angesehen. Ein Zehnjahresplan für die Neukultivierung von Land wird vorgeschlagen, das teilweise den jetzt zu kleinen Höfen zugeschlagen werden soll. Die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in der landwirtschaftlichen Produktion und deren Absatz mache eine größere Demokratie in der Landwirtschaft erforderlich. Obwohl die Mehrzahl der Bauernhöfe klein sei, würden jetzt fast alle Organisationen in der Landwirtschaft von Großbauern geführt. Das Recht der Fischer auf das Eigentum an den Fischereifahrzeugen müsse wirtschaftlich unterbaut und die Zusammenarbeit gefördert werden.

Das Programm macht keine konkreten Vorschläge für neue Sozialisierungsmaßnahmen oder neue Staatsmonopole, aber es gibt Gelegenheit zur Errichtung neuer gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen in staatlicher Regie. Das Neue und Radikale im Programm liegt im Vorschlag eines "Vorstoßes zur ökonomischen und industriellen Demokratie". Die Direktionen der großen Banken, der Versicherungsgesellschaften und der Industriegesellschaften konzentrieren eine unvernünftig große Macht in den Händen weniger. Viele Namen erscheinen immer wieder in den verschiedensten Unternehmensleitungen. Die Öffentlichkeit müsse größeren Einfluß auf die Verwaltung der Kapitalien bekommen, und es müsse gesetzlich festgelegt werden, daß die Banken und Versicherungsgesellschaften die Gelder so zu verwalten haben, daß sie die durch das Parlament aufgestellten Richtlinien für das Wirtschaftsleben verwirklichen helfen. Die Öffentlichkeit müsse in den Direktionen der großen Banken vertreten sein, vielleicht dadurch, daß das Parlament ein Drittel der Mitglieder ernenne. Die Arbeiterpartei tritt auch ein für eine Reform des Aktiengesetzes, damit Arbeiter und Angestellte das Recht bekommen, ihre Vertreter in die Leitungen der Unternehmen zu wählen. Das bedeutet das Mitbestimmungsrecht für die Arbeitnehmer.

+ + +

Eine Frau gab ein Beispiel

Es war einer der bewegendsten Augenblicke im hamburgischen Landesparlament als die FDP-Bürgerschaftsabgeordnete Frau Dr. Liselotte Anders ihren Austritt aus der FDP-Fraktion und ihren Übertritt zur SPD verkündete, bei der "man das, was man für richtig hält, vertreten kann". Ihrem Austritt kommt eine über Hamburg hinausreichende symptomatische Bedeutung zu. Hier handelte ein im öffentlichen Leben stehender Mensch aus Gewissensnot. Dr. Anders hielt es mit ihrer demokratischen Überzeugung nicht mehr für vereinbar, einer Partei anzugehören, die der Regierungskoalition angehört und sich verpflichtet hat, bei öffentlichen Veranstaltungen auf die Bundesfarben zu verzichten. Wir bringen Auszüge aus der Rede, mit der Frau Dr. Anders ihren Übertritt zur SPD begründete:

"Es wäre sehr gut, wenn wir der Amerika-Kunde bei uns eine breitere Basis geben könnten. Ich hatte das Glück, die USA zu bereisen. Nach meiner Rückkehr fand ich es sehr komisch, wie hier noch die Meinung spukt, daß dort drüben noch ein *laissez-faire* des 19. Jahrhunderts herrsche. Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus.

Drüben macht man sich sehr ernsthafte Gedanken über eine Neuordnung des Zusammenlebens der Menschen im Großbetrieb. Man hat in Amerika erkannt, in welcher Entwicklungsphase sich die moderne, industrielle Gesellschaft befindet. Da diese Tatsachen bei uns immer nur verzerrt wiedergegeben werden, wäre es eine Aufgabe der "reinen

"Wissenschaft", die Verhältnisse einmal aufzuzeigen, wie sie wirklich sind. Zur Klärung der politischen Standpunkte der einzelnen Parteien könnte damit ein wichtiger Beitrag geleistet werden...

Wir neigen leider dazu, uns viele Dinge sehr bequem zu machen. Als vor einiger Zeit von alliierter Seite Vorfälle dramatisiert wurden, sind viele bei uns zu gern den Weg gegangen, sie vor sich zu bagatellisieren. Aber psychologische Ungeschicklichkeiten geben kein Recht, durch eine reine Beschwichtigungspolitik die Restauration hoffähig zu machen.

In einer solchen Lage muß man mehr denn je seine eigenen Ideen und Ansichten haben und sie vertreten. Sie dürfen sich nicht in Schlagworten erschöpfen; denn sonst verlieren sie Gestalt und Kraft, und solche Parteien, die sich in reinen Deklamationen ergehen, werden bei der politischen Auseinandersetzung ihre Konzeptionslosigkeit spüren und sich dann lediglich an persönlichen Unzulänglichkeiten, wie sie überall vorkommen, aufhängen müssen...

Eine politische Propaganda, die aber die schwierige Situation verkennt, in der wir uns befinden, und deren Verhalten nicht den Wähler an den Staat heranbringt, sondern alles tut um das schwankende Vertrauen zum demokratischen Staat vollends zu untergraben, lehne ich ab. Einer Parteikoalition, deren Zusammenschluß nur unter der Bedingung zustande kommt, daß man auf das Zeigen der Bundesfarben verzichten muß, kann ich nicht angehören. Die ganze Zwiespältigkeit der Lage, in die die bürgerlichen Parteien gekommen sind, kann sich nicht deutlicher zeigen, als darin, daß man bei kommenden Veranstaltungen im Wahlkampf sich vor der Öffentlichkeit nicht einmal mehr zu unserem Staatsymbol bekennen kann.

In einer solchen Lage bleiben einem nur zwei Möglichkeiten: entweder zu resignieren - vielleicht ist das eine Frage des Alters und des Temperaments - oder aber klare Konsequenzen zu ziehen. In der Praxis heißt das, daß man diejenigen verläßt, zu denen man das Vertrauen verloren hat und sich denjenigen anschließt, bei denen man das, was man für richtig hält, vertreten kann..."

+ + +

"Großbauern" zu Saboteuren gestempelt

(sp) Nach Anweisungen des ZK der SED soll der Saatgutmangel und das Fehlschlagen der Frühjahrsaussaatkampagne den sogenannten Großbauern zur Last gelegt werden und daraus ein Beweis für ihre Sabotageabsichten konstruiert werden. Insbesondere wird gegen sie der Vorwurf erhoben, sie hätten bei der Frühjahrbestellung 1952 anstelle von Saatgut Sägespäne gesät, um den Aufbau der Sowjetzone zu stören und die Versorgungsschwierigkeiten zu erhöhen. Gleichzeitig wurden alle Bürgermeister angewiesen, Rentner, Kriegsveterane und alle nicht in einem Arbeitsverhältnis stehenden Personen zu ermitteln, damit diese gezwungen werden können, Arbeitsverträge mit den Maschinen-Traktoren-Stationen abzuschließen. Die MTS und die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) sind mit der Frühjahrsaussaat auf den sogenannten "devastierten", den wegen der Flucht ihrer Besitzer nach dem Westen herrenlos gewordenen Höfen, beauftragt worden.

Verantwortlich: Peter Rannau